

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wir ehren heute unsere Befreier und danken ihnen. Für uns gehört der Blick auf heute unbedingt dazu.

Wir leben in einer Zeit, in der bundesdeutsche Politiker uns Kriegstüchtigkeit verordnen wollen. Sie behaupten dreist, dass nur so der Frieden hergestellt oder gesichert werden kann.

Das ist nicht nur verantwortungslos, sondern extrem gefährlich, denn sie riskieren mit dieser Politik eine weltweite Ausdehnung der aktuellen Kriege - statt sich endlich für ein Ende dieser Kriege einzusetzen.

Wie verkaufen sie ihre Politik? In der Hoffnung, uns hinters Licht führen zu können, bedienen sie sich euphemistischer Begriffe:

so nennen sie ihre Politik der Kriegstüchtigkeit häufig Verantwortung übernehmen und die Welt aus der Krise führen, Kriegsdienst heißt „machen, was wirklich zählt“, und Aufrüstungsschulden werden zu „Sondervermögen“.

Flankiert wird diese blumige Sprache durch russophobe Propaganda, durch die Lüge von der Bedrohung durch Russland. Damit das bei den Wählern verfängt, wird dieses Gebräu noch garniert mit dem Gespenst von der „kaputtgesparten“ Bundeswehr und einer bedrohlichen „Fähigkeitslücke“ der NATO-Truppen, die geschlossen werden müsste.

Alles ohne jeden konkreten Hinweis, ohne Indizien, ohne Beleg, denn es gibt solche Belege nicht.

Im Gegenteil: Kundige Militärs widersprechen der behaupteten Fähigkeitslücke, wie z.B. Oberst a.D. Wolfgang Richter, ehemaliger leitender Militärberater in den deutschen UN- und OSZE-Vertretungen:

„Generell sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ deutlich überlegen.“ Ich füge hinzu: „vielfach überlegen“, wie Studien auch NATO-naher Institute ausweisen. Muss nicht – anders als behauptet - diese Überlegenheit der NATO von Russland als Bedrohung angesehen werden? Noch nie konnte Frieden durch Bedrohung der Gegenseite gesichert werden.

Messen wir die deutsche aktuelle Politik an ihren Taten:

Nach einer Bundestagswahl, bei der die sog. Parteien der Mitte viele Stimmen verloren haben, haben sie sich selbst zu einer weitreichenden Entscheidung ermächtigt, zu einer Entscheidung, für die sie im neuen Bundestag keine nötige Mehrheit mehr gefunden hätten.

Sie ermächtigten sich dazu, in Zukunft außerhalb des Bundeshaushalts grenzenlos Schulden machen zu können - für die Aufrüstung, für den Kriegsfall.

Der Köder, dass zusätzlich ein sog. Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen geschaffen wird, dieser Köder kann uns nicht täuschen. Der Gesetzestext dazu stellt ausdrücklich fest: „Die Infrastruktur ist auch im Zusammenhang mit der angestrebten sehr zügigen und umfassenden Ertüchtigung der Verteidigungsfähigkeit ein wesentlicher, quasi komplementärer Faktor. Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, z. B. im Verkehrsbereich, voraus.“

Darum also geht es beim Infrastrukturprogramm, es soll die Aufrüstung ergänzen!

Wir aber wollen weder panzertaugliche Brücken und Autobahnen noch Bunkerbau und sog. Heimatschutz durch die Bundeswehr.

Wir wollen nicht, dass neue Panzer entwickelt werden.

Wir wollen kein verbundenes Luftkampfsystem wie FCAS.

Wir wollen nicht, dass die Krankenhäuser sich auf die Versorgung tausender Kriegsverwundeter ausrichten - sie sollen endlich gute, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sicherstellen.

Wir wollen keine Wehrpflicht und keine Vergrößerung der Bundeswehr.

Wir wollen nicht, dass Deutschland die stärkste Militärmacht der EU wird und die viertstärkste weltweit bei den Militärausgaben.

Wir sagen Nein zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, Waffen, die tief in russisches Kernland zielen und deren Einsatz mit Hyperschallgeschwindigkeit, mit enormer Zerstörungskraft und mit Vorwarnzeiten von wenigen Minuten bisher nicht abgewehrt werden kann.

Wir wollen die Politik der Kriegstüchtigkeit nicht.

Sie bringt uns dem Krieg unweigerlich näher – und sie vernichtet von Menschen geschaffene Werte.

Sie verschlingt Unsummen an Geldern, die dringend gebraucht werden: im Gesundheitswesen, im Öffentlichen Nahverkehr, im Wohnungsbau, in der Bildung, der Kultur – in allen Bereichen des Lebens.

Deutschland hat sich im Grundgesetz und nach dem 2+4-Vertrag zu einer Politik des Friedens verpflichtet, und es braucht unsere Stimme, unsere unüberhörbare Stimme, um die Einhaltung dieser Verpflichtung durchzusetzen.

Nein zu Kriegshetze und Bedrohungslüge!

Nein zur Aufrüstung Deutschlands und der EU!

Nein zur NATO!

Russland ist nicht unser Feind!

Wir wollen Brücken bauen und in Frieden mit allen Völkern leben!